

Die Einrichtungen der Israelitischen Kultusgemeinde München während der NS-Zeit

(Zusammengestellt von Andreas Heusler, Brigitte Schmidt, Maximilian Strnad)

Altenheim und rituelle Speiseanstalt

Klenzestraße 4

Altenheim, Israelitisches Pensionat

Kaulbachstraße 65

Alter Israelitischer Friedhof

Thalkirchner Straße 240

Barackenlager Milbertshofen (Sammel- und Durchgangslager)

Knorrstraße 148

Flachsgröste Lohhof

Hauptsynagoge der Israelitischen Kultusgemeinde München

Herzog-Max-Straße 7

„Heimanlage für Juden“, Kloster der „Barmherzigen Schwestern“ (Sammel- und Durchgangslager)

Clemens-August-Straße 9

Israelitische Kultusgemeinde München, Betsaal

Lindwurmstraße 125

Israelitische Privatklinik e.V. mit Schwesternheim

Hermann-Schmid-Straße 5-7

Jüdische Anlernwerkstätten

Biederstein 7

Reichenbachstraße 27

Jüdische Volksschule

Herzog-Rudolf-Straße 5

Kinderheim der Israelitischen Jugendhilfe e. V.

Antonienstraße 7

Kochschule Albert Schwarz

Arcostraße 3

Schlosserstraße 2

Paul-Heyse-Straße 21

Lehrlingsheim der Israelitischen Kultusgemeinde

Wagnerstraße 3

Hohenzollernstraße 4

Lipschütz'sche Versorgungsanstalt, Altenheim

Mathildenstraße 8/9

Neuer Israelitischer Friedhof

Garching Straße 37

Synagoge der orthodoxen Gemeinde „Ohel Jakob“

Herzog-Rudolf-Straße 3

Synagoge der osteuropäischen Juden

Reichenbachstraße 27

Wirtschaftsschule für Frauen in Wolfratshausen

Altenheim und rituelle Speiseanstalt, Klenzestraße

Die rituelle Speiseanstalt in der Klenzestraße 4 wurde 1906 von den Eheleuten Gabriel und Rosa Ritter gegründet. 1917 wurde das Erdgeschoss des vierstöckigen Wohnhauses umgebaut. Es entstanden drei Speiseräume, eine Küche und ein Vorratsraum. Ab diesem Zeitpunkt unterstand die Speiseanstalt der Wohlfahrtsabteilung der Israelitischen Kultusgemeinde. Pro Jahr wurden zwischen 33.000 und 56.000 Essen ausgegeben. Vermutlich in den späten 1920er Jahren kaufte die Israelitische Kultusgemeinde das Gebäude. Zeitweise war hier eine Wärmestube für erwerbslose Erwachsene sowie eine Nähstube eingerichtet. 1934 wurde das von Jakob Feibusch streng rituell geführte Altenheim eröffnet. Die Bewohner waren in 2- und 3-Bett-Zimmern untergebracht. 1942 umfasste das Heim drei Stockwerke und das ausgebaute Dachgeschoss. Auf jeder Etage gab es sechs Zimmer, eine Kammer und ein Bad. Im Februar des Jahres 1942 bewohnten 54 Personen das Heim. Die meisten von ihnen wurden Mitte März 1942 in das → Barackenlager in der Knorrstraße 148 (Milbertshofen) verlegt. Am 10. Juli 1942 wurde das Heim vollständig geräumt. Die letzten Bewohner wurden in die → „Heimanlage für Juden“ in Berg am Laim gebracht. Bereits am 24. Juni 1942 hatte die Stadt München das Haus beschlagnahmt, um hier ein Hilfskrankenhaus einzurichten. Alle laufenden Grundstückskosten trug jedoch weiterhin die „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“ als Eigentümerin. Ende November 1943 wurde seitens der Stadt in dem Gebäude ein Frauenheim untergebracht. Bei einem Luftangriff im März 1944 wurde das Haus stark beschädigt.

1953 gab die Stadt das Areal Klenzestraße 4 im Zuge der Wiedergutmachung an die Jewish Restitution Successor Organisation (IRSO) zurück. Das dazugehörige Haus war aufgrund seiner schweren Beschädigungen nach Kriegsende abgerissen worden.

Altenheim / Israelitisches Pensionat, Kaulbachstraße 65

Das Israelitische Pensionat an der Kaulbachstraße 65 wurde 1905 gegründet. Ermöglicht und finanziert wurde die Errichtung dieses „Heimes für nicht ganz unbemittelte alte Leute“ durch beträchtliche Spenden namhafter jüdischer Mäzene, unter ihnen die Baronin Klara von Hirsch-Gereuth (Paris), Josef Kronheimer (Melbourne), die Kommerzienräte Berolzheimer und Bernheimer, Albert Landauer, sowie Hermann und Oskar Tietz. Das Pensionat hatte ursprünglich 15 Zimmer, wurde aber 1910 um einen zusätzlichen Flügelbau mit 17 Zimmern, einen Saal und weitere Wirtschaftsräume erweitert.

Im Zuge der „Reichskristallnacht“ wurde das Heim vorübergehend geschlossen. Die Ortsgruppe der SA hielt in dem Gebäude ein Gelage ab. Es wurden Geld und Einrichtungsgegenstände gestohlen. Die Leiterin Regina Tuchmann musste unter erpresserischem Druck eine Bankvollmacht über mehrere Tausend Mark unterzeichnen. Die alten Menschen mussten notdürftig in Privatwohnungen untergebracht werden. Das Pensionat wurde erst am 1. April 1939 wieder eröffnet. Im Februar 1942 war das Heim mit ca. 100 Bewohnern sehr dicht belegt. Im März des selben Jahres musste das Gebäude für die NS-Organisation „Lebensborn e.V.“ geräumt werden, die dort eine „Mutterwohnstätte“ einrichtete. Die Bewohner wurden in die Altenheime in der → Klenzestraße 4 und → Mathildenstraße 9, in die → „Heimanlage für Juden“ in Berg am Laim sowie in das → Barackenlager Knorrstraße 148 in Milbertshofen verlegt.

Am 15. Juli 1945 wurde in dem Gebäude in der Kaulbachstraße 65 die Israelitische Kultusgemeinde München neu gegründet. Hier war auch die erste Anlaufstelle für die aus Theresienstadt zurückkehrenden überlebenden Münchner Juden.

Alter Israelitischer Friedhof

Der erste jüdische Friedhof Münchens wurde 1816 mit Erlaubnis König Maximilians I. Joseph an der Thalkirchner Straße angelegt. In der Folgezeit fanden hier über 5.000 Tote ihre letzte Ruhestätte. Die heutige Backsteinmauer mit dem schmiedeeisernen Eingangstor entstand im Zuge der dritten Erweiterung des Friedhofs 1881. Die einfache Trauerhalle, in der seit der Gründung des Friedhofs die Totenfeierlichkeiten stattfanden, wurde 1882 durch einen größeren Neubau ersetzt. Im Jahre 1861, mit Abschaffung des Matrikelparagraphen, der den Zuzug von Juden nach Bayern streng reguliert hatte, vergrößerte sich die jüdische Gemeinde in München stark. 1904 erwarb die Israelitische Kultusgemeinde ein Gelände im Norden der Stadt und errichtete an der heutigen Garchingener Straße den Neuen Israelitischen Friedhof. Seit dessen Eröffnung im Jahr 1908 wurden auf dem alten Friedhof nur noch Beerdigungen in bereits existierende Familiengräber vorgenommen.

1942 schloss die Gestapo den Alten Israelitischen Friedhof, das Gelände wurde an den „Beauftragten des Gauleiters für Arisierung“ verkauft. Zwar wurde der Kaufvertrag im Oktober 1942 rückgängig gemacht, dennoch waren zwischenzeitlich sämtliche Metallteile von den Gräbern abmontiert worden. Zahlreiche Grabsteine hatte man entfernt, um sie für christliche Friedhöfe umzuarbeiten. Auf einem Teil

des Geländes richtete sich eine gewerbliche Gärtnerei ein. Einige der entwendeten Grabsteine konnten nach dem Krieg wiedergefunden und an ihren ursprünglichen Platz zurückgebracht werden. Noch heute sind an manchen Grabsteinen farbige Markierungen zu erkennen, die auf den vorgesehenen Abtransport verweisen. Auch einige der gestohlenen Metallteile kehrten dank der Aufmerksamkeit der damaligen Friedhofsverwalterin Lina Angermeier, die trotz wiederholter Einschüchterungsversuche der Gestapo ihr Amt nicht aufgab, wieder an ihren alten Platz zurück.

Auch nach dem Ende der NS-Herrschaft blieb die Totenruhe auf dem Friedhof nicht ungestört. 1950 wurden circa 50 Kupfer- und Bronzegrabplatten gestohlen, 1966, 1971 und 1980 wiederholt Gräber und Grabsteine zerstört. Bei der schwersten Schändung im Jahre 1980 warfen Jugendliche insgesamt 270 Grabsteine um. Der Alte Friedhof ist nicht öffentlich zugänglich.

Barackenlager Milbertshofen (Wohn-, Sammel- und Durchgangslager)

Das Barackenlager an der Knorrstraße 148 im Stadtteil Milbertshofen wurde im Frühjahr 1941 auf Initiative der so genannten „Arisierungsstelle“ des Gauleiters und in enger Abstimmung mit der Stadtverwaltung und der Gestapo errichtet. Zwangsverpflichtete jüdische Arbeitskräfte mussten das Lager aufbauen ohne dafür eine Bezahlung zu erhalten. Bei der Errichtung des Lagers übernahm die Münchner Stadtverwaltung die Bauleitung. Ausgeführt wurde der Bau durch die Firma Hinteregger. Die Baukosten wurden von der Stadt bevorschusst und von der „Arisierungsstelle“ binnen eines Jahres zurückgezahlt. Zu diesem Zweck verlangte die „Arisierungsstelle“ von den Lagerinsassen eine tägliche Wohngebühr und erpresste von einzelnen jüdischen Personen „freiwillige Spenden zum Bau des Lagers“. Diese von den Juden erpressten Abgaben beliefen sich auf ein Vielfaches der Baukosten.

Das auf einem Areal von mehr als 14.000 qm errichtete Barackenlager bot etwa 1.100 Personen Platz (war aber wiederholt überbelegt). Ohne Genehmigung durfte niemand das Lager verlassen. Ursprünglicher Zweck des Lagers war die Ghettoisierung der Münchner Juden, die seit Ende 1938 systematisch aus ihren Wohnungen und Häusern vertrieben worden waren, um Wohnraum für „arische“ Interessenten oder „verdiente“ Parteigenossen freizumachen. Innerhalb von nur einem Jahr wurde mit Hilfe des Lagers in Milbertshofen, der → „Heimanlage für Juden“ in Berg am Laim und weiteren kleineren Gemeindeunterkünften und sogenannten „Judenhäusern“ ein Großteil der jüdischen Bevölkerung Münchens

„ghettoisiert“. Ab Ende des Jahres 1941 diente die streng abgeschlossene „Judensiedlung Milbertshofen“, so die amtliche Bezeichnung des Lagers, als Sammelstelle für die nun einsetzenden Deportationen. Der erste Transport in den Tod verließ München im November 1941 vom nahegelegenen Güterbahnhof Milbertshofen. Etwa 1.000 Männer, Frauen und Kinder wurden am 25. November 1941 im litauischen Kaunas ermordet. Auch der zweite Transport aus München nach Piaski am 4. April 1942 wurde über das Lager Milbertshofen abgewickelt. Mehr als die Hälfte der 776 Deportierten kamen aus dem schwäbischen Raum und wurden bereits einige Tage vor dem Transport nach Milbertshofen verlegt. In den drei Monaten von Juni bis August 1942 wurden in 24 Transporten zu je 50 Personen rund 1.200 Juden aus München und Schwaben nach Theresienstadt deportiert. Auch diese Transporte wurden im Barackenlager in der Knorrstraße 148 zusammengestellt. Die betreffenden Personen wurden in Omnibussen und Möbelwagen an den Hauptbahnhof oder den Güterbahnhof in Laim gebracht, wo sie in einem Personenwagen dritter Klasse, der an einen regulären Zug angehängt wurde, nach Theresienstadt verschickt wurden.

Bei ihrer Ankunft im Barackenlager Milbertshofen wurden die für die Deportation vorgesehenen Personen einer Leibesvisitation unterzogen. Den Betroffenen war die Mitnahme von 50 kg Gepäck gestattet worden; als „Reisekosten“ in die Todeslager waren zusätzlich 50 Reichsmark zu entrichten. Gestapo-Beamte, Mitarbeiter der „Arisierungsstelle“ und der Finanzverwaltung durchsuchten das mitgebrachte Gepäck, um zu verhindern, dass die Menschen Wertsachen, Schmuck, Fotoapparate und Geld mitnahmen. Zahlreiche Gegenstände wurden beschlagnahmt.

Nachdem im August 1942 die Vernichtung der jüdischen Gemeinde durch Emigration und Deportation nahezu erreicht war, wurde das Barackenlager aufgelöst. Es wurde in der Folgezeit von BMW als Unterkunft für ausländische Zwangsarbeiter genutzt. Nach 1945 waren hier bis Ende der 1950er Jahre Flüchtlinge untergebracht. Reste des Lagers nutzte später das städtische Wohnungsamt zur Unterbringung von Obdachlosen.

Heute erinnert an der Troppauer Straße – von dem Lagerareal sind keine baulichen Überreste mehr vorhanden – eine Skulptur in Form einer großen Menora an die Funktion des Ortes als Sammel- und Durchgangslager für die Deportationen in den Tod.

Flachsрröste Lohhof

Die Flachsрröste Lohhof GmbH wurde im Herbst 1935 errichtet. Hier wurde Flachs zu Naturfasern verarbeitet. Die Arbeiten in der Fabrik und auf dem Feld in der prallen Sonne waren berüchtigt. Während des Zweiten Weltkrieges galt die Flachsрröste Lohhof als kriegswichtiger Betrieb und wurde bei der Zuteilung von Arbeitskräften bevorzugt behandelt. Alleine im Jahr 1942 mussten laut Vorgaben des Reichswirtschaftsamtes in der Flachsрröste mindestens 800 Tonnen Fertigfaser hergestellt werden. Das entsprach der Verarbeitung von 1.000 mit Flachs beladenen Eisenbahnwaggons. Bei den Zwangsarbeitern handelte es sich vorwiegend um Juden aus München und eine Gruppe von ca. 70 ungarischer Jüdinnen, um Kriegsgefangene aus Belgien und Frankreich sowie um ausländische Zwangsarbeiter (sogenannte „Ostarbeiter“), die überwiegend aus Russland stammten. Sie mussten entweder für sehr wenig Geld oder gegen „Kost und Unterbringung“ arbeiten. So verdiente z.B. im Juli 1941 eine deutsche Jüdin bei einem 10-stündigen Arbeitstag nur 11,70 Reichsmark in der Woche. Insgesamt wurden in Lohhof ca. 250 überwiegend junge jüdische Frauen beschäftigt. Ihre Arbeitsleistung wurde von der „Arisierungsstelle“ scharf überwacht. Die Flachsрröste Lohhof gehörte damit zu den größten Münchner Arbeitgebern, die jüdische Zwangsarbeitskräfte beschäftigten. Auf dem Fabrikgelände gab es eine Lagerbaracke in der bis zu 90 jüdische Arbeiterinnen interniert waren. Die restlichen Arbeiterinnen mussten täglich den langen Weg aus München nach Lohhof auf sich nehmen.

Obwohl in kriegswichtigen Betrieben die Arbeitskräfte als unentbehrlich galten, wurden im November 1941 64 und am 30. März 1942 weitere 43 jüdische Arbeitskräfte abgezogen und deportiert. Sie wurden zunächst durch meist ältere Münchner Juden ersetzt, die mit einem nichtjüdischen Partner in sogenannter „Mischehe“ lebten. Im weiteren Kriegsverlauf wurden die jüdischen Arbeitskräfte vorwiegend durch osteuropäische Zwangsarbeiter ersetzt.

Hauptsynagoge der Israelitischen Kultusgemeinde München

Ende der 1860er Jahre war die jüdische Gemeinde Münchens so stark angewachsen, dass die Errichtung einer „zweiten Synagoge“ in den Gemeindegremien als dringende Notwendigkeit diskutiert wurde. Zu dieser Zeit zählte man in München über 2.000 Juden; ein anhaltendes Wachstum der Gemeinde war abzusehen. Die Planungen für das Bauprojekt zogen sich jedoch jahrelang hin. Erst 1882 war die Bauplatzsuche der Gemeinde erfolgreich, nachdem ihr auf persönliche Intervention König Ludwigs II. gegenüber der Maxburg ein geeignetes Grundstück

zur Verfügung gestellt wurde. Dieser Baugrund war nicht nur wegen seiner zentralen Lage ideal; er erlaubte auch die Errichtung eines repräsentativen freistehenden Sakralbaus.

Unter den eingereichten Architektenentwürfen setzte sich der Vorschlag des Münchner Architekten Albert Schmidt durch, der mit einem eindrucksvollen neo-romanischen Langhausbau ein markantes städtebauliches Zeichen setzen wollte. Im Februar 1884 begannen die Bauarbeiten. Nach annähernd dreijähriger Bauzeit war die Synagoge mit 1.000 Männer- und 800 Frauenbetstühlen fertiggestellt. Am 16. September 1887 konnte die Einweihung des neuen Hauses gefeiert werden. Ein zeitgenössischer Kritiker würdigte die Synagoge als „ein völlig selbständiges Werk von ausgeprägter Eigenart, ein Denkmal, nicht nur des Meisters, der es geschaffen hat, sondern auch der Zeit, in der es erstand“.

Die Naziherrschaft brachte das Ende des imposanten Bauwerks. Auf persönliche Anweisung Hitlers erfolgte Anfang Juni 1938 kurzerhand der Abriss des Gotteshauses. Protest, Widerspruch, gar Widerstand gegen diese barbarische Maßnahme waren zwecklos. Bei einem Abschiedsgottesdienst übernahm der weit über die Grenzen Münchens hinaus bekannte Kantor Emanuel Kirschner den Schlussgesang. 81jährig, nach jahrelangem Pausieren und mit – wie er selbst sagte – „gebrochenem Herzen“, sang Kirschner das „Gebet eines Leidenden, wenn er verzagt.“ Die Münchner Synagoge fiel als erstes jüdisches Gotteshaus in Deutschland dem nationalsozialistischen Zerstörungswahn zum Opfer.

Nach 1945 wurde das Grundstück zurückerstattet. Die Gemeinde verkaufte es an die Stadt München. Seit 1969 erinnert ein Gedenkstein an die Hauptsynagoge. Im Einvernehmen mit der Kultusgemeinde veräußerte die Stadt vor wenigen Jahren das Grundstück an die Karstadt-Quelle AG, die hier einen Erweiterungsbau errichtet hat. Der Kauferlös wurde der Kultusgemeinde für die Errichtung einer neuen Synagoge und eines Gemeindezentrums am St.-Jakobs-Platz zur Verfügung gestellt.

„Heimanlage für Juden“ im Kloster der Barmherzigen Schwestern (Sammel- und Durchgangslager)

Die systematische Ausgrenzung und soziale Ächtung der Juden umfasste auch ihre Vertreibung aus Wohnungen und Häusern und ihre Ghettoisierung in eigens zu diesem Zweck errichteten Massenquartieren. Die Zwangsunterkünfte dienten zunächst dazu, das Programm der „judenfreien Stadt“ zu verwirklichen. Seit Ende 1941 wurden von diesen Orten die nun einsetzenden Deportationen in die Todeslager abgewickelt.

Eines der Massenquartiere befand sich seit 1941 im Schwesterngebäude des Klosters der „Barmherzigen Schwestern“ an der Clemens-August-Straße. Hier mussten auf Anweisung der „Arisierungsstelle“ das Erdgeschoss sowie die beiden ersten Obergeschosse für etwa 300 jüdische Männer, Frauen und Kindern freigemacht werden. Nach dem großen → Barackenlager an der Knorrstraße war das schönfärberisch als „Heimanlage für Juden“ titulierte Ghetto in Berg am Laim das zweite große Lager kurz vor der Vernichtung jüdischen Lebens in München.

Der Alltag im Klostergebäude war schwierig. Die aus ihren vertrauten Wohnungen vertriebenen Menschen wurden hier auf engstem Raum zusammengepfercht. Zwar bemühten sich die Schwestern nach Kräften, das schwere Los der bedrängten Juden zu erleichtern. Dennoch waren die physischen und psychischen Belastungen enorm. Viele der meist schon älteren Menschen waren zur Zwangsarbeit verpflichtet worden und mussten täglich beschwerliche Wege zu ihren Arbeitsstätten bewältigen. Immer wieder wurde die Zwangsgemeinschaft durch neue Transporte dezimiert. Aus Angst und Verzweiflung über Bevorstehendes nahmen sich zahlreiche Bewohner der „Heimanlage“ das Leben. Else Behrend-Rosenfeld, die mit der Leitung der „Heimanlage“ beauftragt war, vertraute am 26. Juli 1942 ihrem Tagebuch an: „Mein Leben ist zur Hölle geworden; ich schleppe mich nur noch mühsam durch die Tage. Woche für Woche kommen am Freitag die Listen der zu Deportierenden [...].“

Im Frühjahr 1943 lebten in München nur noch wenige Juden. Am 1. März wurde die „Heimanlage“ in Berg am Laim aufgelöst. Heute erinnert ein Gedenkstein an das Schicksal der Menschen, die hier ihre letzten Wochen und Monate verbringen mussten.

Israelitische Kultusgemeinde München, Betsaal

Die Verwaltung der Israelitischen Kultusgemeinde München war seit 1888 in neu errichteten Gebäuden in der Herzog-Max-Straße 3-5 unmittelbar neben der Hauptsynagoge untergebracht. Im Oktober 1938, nur wenige Monate nach dem Abriss der Hauptsynagoge, musste die Israelitische Kultusgemeinde auch diese Nachbar-anwesen räumen. Ersatzweise wurden der Gemeinde Räumlichkeiten in der ehemaligen Tabakfabrik Abeles GmbH in der Lindwurmstraße 125 zugewiesen. In beiden Obergeschossen wurden Trennwände eingezogen und die Verwaltungsräume der Kultusgemeinde eingerichtet. Der ehemalige Maschinenraum im Erdgeschoss wurde zu einem Betsaal umgebaut, der ca. 500 Menschen Platz bot. Während der „Kristallnacht“ wurden auch diese Räume verwüstet. Schreibmaschinen, Geld und Möbel und die wertvolle Bibliothek wurden entwendet. Oberbürgermeister Karl Fiehler ließ die Umbauarbeiten am Betsaal stoppen. Das Gebäude wurde beschlagnahmt, es sollte einer „arischen“ Firma überlassen werden. Erst am 22. November 1938 gab die Gestapo die Räume wieder frei. Wenig später, am 14. Dezember, wurde der neue Betsaal eröffnet, der in „künstlerisch einfacher, würdiger Form [...] das freudige Erstaunen aller Besucher erweckte“. Als Symbol der Geschlossenheit und aus Rücksicht auf den orthodoxen Teil der Gemeinde verzichtete man auf ein Harmonium. Der Chor blieb bestehen.

Im Juni 1942 wurde der Betsaal auf höhere Weisung geschlossen. Der „Bezirksstelle Bayern der Reichsvereinigung“, wie die vormals selbstständige Gemeinde nun hieß, verblieb nur der erste Stock des Rückgebäudes. Im zweiten Stock wurden Wohnräume für Juden eingerichtet. Im Juni 1943 wurde auch die Bezirksstelle aufgelöst. Die Israelische Kultusgemeinde in München hatte aufgehört zu existieren. Als letzter Ansprechpartner für die in München verbliebenen Juden fungierte Theodor Koronczyk. Er war „Vertrauensmann“ der Reichsvereinigung und führte die Geschäfte von seinem Büro aus. An zwei Abenden in der Woche hielt er im ehemaligen Gemeindehaus eine Sprechstunde ab. Koronczyk gehörte vor allem wegen seiner Kooperation mit staatlichen und städtischen Dienststellen (insbesondere der „Arisierungsstelle“ und der Gestapo) zu den umstrittenen Persönlichkeiten innerhalb der jüdischen Gemeinschaft. Koronczyk, dem von einigen Überlebenden Spitzeltätigkeit nachgesagt wurde, ist 1956 in München gestorben.

Israelitische Privatklinik e.V. mit Schwesternheim

Der Verein „Krankenheim Israelitische Privatklinik e. V.“ wurde im Jahr 1906 auf Anregung der „München Loge“ B'nai B'rith und der Ärzte Dr. August Feuchtwanger und Dr. Joseph Marschütz gegründet. Im Jahr 1910 konnte der Verein das Anwesen Hermann-Schmid-Straße 5 erwerben. Ein Jahr später wurde das Krankenhaus eingeweiht. Die Einrichtung stand Patienten aller Glaubensrichtungen offen. Bis 1933 war im Durchschnitt die Hälfte aller Patienten nicht jüdisch. Während der Ersten Weltkriegs stellte das Krankenhaus Betten für verwundete Frontsoldaten zur Verfügung. Vier Schwestern leisteten freiwilligen Felddienst. 1919 wurde das benachbarte Anwesen (Hausnummer 7) zugekauft. Im Jahr 1925 entstand eine geburtshilfliche Abteilung. Anfang der 1930er Jahre verfügte das Krankenhaus über 40 Betten.

Das der Privatklinik angeschlossene Schwesternheim wurde 1900 gegründet und befand sich zunächst in der → Lipschütz'schen Versorgungsanstalt in der Mathildenstraße 9. Aufgabe der Schwestern war die häusliche Pflege kranker und alter Menschen. 1911 wurde das Schwesternheim in den ersten Stock des Israelitischen Krankenhauses in der Hermann-Schmid-Straße 5 verlegt. Hier übernahmen die Schwestern die Patientenbetreuung.

Nach 1933 war für Juden die Aufnahme in öffentliche Krankenhäuser nicht mehr gewährleistet. Schon im ersten Jahr der NS-Herrschaft wurde ein seit 1821 bestehender Vertrag aufgekündigt, demzufolge Juden im städtischen Krankenhaus untergebracht und gepflegt werden konnten. Eine eigens für religiöse jüdische Patienten eingerichtete Abteilung im Schwabinger Krankenhaus wurde geschlossen. Die Folge waren steigende Zugangszahlen im Krankenhaus an der Hermann-Schmid-Straße. Ende der 1930er Jahre standen den in Bayern verbliebenen Juden neben München nur noch Krankenhäuser in Fürth und in Würzburg zur Verfügung.

Im Mai 1942 befahl Heinrich Himmler die Räumung des Krankenhauses. Die in dem Haus untergebrachten Patienten, Schwestern und Ärzte, darunter der Chefarzt Dr. Julius Spanier, wurden seit Juni 1942 in drei aufeinanderfolgenden Transporten nach Theresienstadt deportiert. Das Krankenhaus musste an die NS-Organisation Lebensborn e.V. „verkauft“ werden. Als Kaufpreis wurden annähernd 160.000 Reichsmark veranschlagt. Die Kaufsumme wurde jedoch nicht bezahlt. Die ehemalige Israelitische Privatklinik wurde im Krieg völlig zerstört. Heute erinnert ein Gedenkstein an diese Einrichtung.

Jüdische Anlernwerkstätten

Handwerkliche Fähigkeiten galten als Qualifikationsmerkmal für die Auswanderung nach Palästina als besonders wertvoll. Deshalb beantragte der Verband Bayerischer Israelitischer Gemeinden im Sommer 1936 die Einrichtung einer „Unterrichtsanstalt zur Ausbildung jüdischer Jugendlicher als Handwerker“ in der aufgelassenen Hesselberg'schen Lederfabrik am Biederstein 7. Die Genehmigung für den Antrag wurde erst 20 Monate später und nur unter der Auflage erteilt, dass all jene, die mit der Ausbildung fertig waren, sofort emigrierten. Der Abschluss berechnete ausdrücklich nicht zur Berufsausübung in Deutschland. Deshalb war das Zeugnis der Absolventen mit dem gut leserlichen Vermerk „Zeugnis für Auswanderer“ versehen. Der Lehrbetrieb wurde trotz fehlender Genehmigung bereits im August 1937 aufgenommen. In der Anstalt wurden Schlosser, Elektriker und Tischler ausgebildet. Die Ausstattung der Arbeitsräume war sehr gut. Moderne Maschinen zur Metall- und Holzverarbeitung waren vorhanden, ebenso ein reichhaltiges Materiallager. Die Lehrlinge erhielten neben ihrer praktischen Ausbildung 12 bis 15 Wochenstunden theoretischen Unterricht in Rechnen, Werkzeug- und Materiallehre, Fachzeichnen, Buchführung, Geschäftskorrespondenz und Wirtschaftskunde. Im Schuljahr 1938/39 besuchten 91 Lehrlinge die Anstalt. Ein Drittel davon wurde in Metallberufen ausgebildet, der Rest zu Tischlern. Neben den Lehrlingen wurden auch ausreisewillige Erwachsene in Schweißtechnik und Möbelherstellung unterrichtet.

1939 wurde das Gebäude beschlagnahmt und die Anlernwerkstatt geschlossen. Auf Anweisung der Gestapo wurde die Werkstatt in die während der „Kristallnacht“ verwüstete ehemalige → Synagoge der osteuropäischen Juden in der Reichenbachstraße 27 verlegt. Hier erhielten in den zwei folgenden Jahren

ca. 100 jüdische Jugendliche eine Ausbildung. Viele von ihnen wohnten im → Lehrlingsheim in der Hohenzollernstraße. Leiter der Werkstatt war der Diplomingenieur Fritz Sänger. Anfang 1942 wurde die Werkstatt durch die Gestapo aufgelöst. Das Werkzeug und die Maschinen wurden einer HJ-Schule übereignet.

Jüdische Volksschule

Der Betrieb einer Schule nach orthodoxen Grundsätzen hatte für den Verein „Ohel Jakob“ zentrale Bedeutung. Zu diesem Zweck erwarb der Verein im Jahr 1921 ein der orthodoxen Synagoge benachbartes Gebäude. 1924 wurde das Anwesen für den Schulbetrieb umgebaut und 1928 im Zuge von Erweiterungsmaßnahmen

aufgestockt. Die Fassade wurde der Synagoge angeglichen. Bis 1933 besuchten vornehmlich Kinder aus streng religiösen Familien diese Volksschule.

1933 übernahm in München Josef Bauer, ein fanatischer Nationalsozialist, das Amt des Stadtschulrates. Auf seine Initiative hin wurde bereits im Frühjahr 1933 die Zahl der jüdischen Schüler an öffentlichen Schulen ermittelt. Bauers Ziel war, die Münchner Schulen „judenfrei“ zu machen. Dies führte zu einem stetigen Anstieg der Schülerzahlen an der Herzog-Rudolf-Straße.

1934 wurde die Volksschule von der Israelitischen Kultusgemeinde übernommen und auf acht Klassen erweitert. Im Schuljahr 1934/35 besuchten bereits 251 Schüler den Unterricht. Der Platz reichte für diese große Schülerzahl jedoch nicht aus. Daher war die Gemeinde gezwungen, zusätzliche Räume in den Schulen an der Türken-, der Klenze- und der Gabelsbergerstraße anzumieten. Aufgrund der zunehmenden Diskriminierung jüdischer Schüler nahm die Nachfrage nach Schulplätzen in der Herzog-Rudolf-Straße stetig zu.

Nach der „Reichskristallnacht“ verweigerte die Schulbehörde der Kultusgemeinde die weitere Nutzung von Räumen in öffentlichen Schulen. Das Schulgebäude an der Herzog-Rudolf-Straße 5 war durch den Brand der benachbarten Synagoge stark beschädigt worden, Wiederaufbau und weitere Nutzung des Schulgebäudes wurden untersagt. Erst im Januar 1939 konnte der Schulbetrieb für über 400 Kinder im ehemaligen Kindergarten und -hort in der Herzog-Rudolf-Straße 1 aufgenommen werden.

Nach dem Pogrom vom November 1938 sank die Schülerzahl aufgrund zunehmender Emigrationsbemühungen spürbar. Mehrere Klassen wurden zusammengefasst. Der Unterricht bestand aus Religionsunterricht, Fremdsprachen, Werken und Handarbeiten. Daneben existierte eine 1937 gegründete Fortbildungsklasse. Das Niveau der Schule war vergleichsweise hoch, denn hier unterrichteten inzwischen hochqualifizierte jüdische Lehrkräfte aus weiterführenden Schulen, die seit 1933 aus ihren früheren Arbeitsverhältnissen entlassen worden waren.

Einen drastischen Rückgang der Schülerzahlen brachte die erste große Deportation im November 1941. Weitere Deportationen dezimierten die Schülerzahl bis zum April 1942 auf 13. Am 30. Juni 1942 beendete das endgültige Verbot jüdischer Schulen die Geschichte der Volksschule an der Herzog-Rudolf-Straße.

Kinderheim der Israelitischen Jugendhilfe e. V.

Die Geschichte des jüdischen Kinderheims in München beginnt 1904 mit der ersten offiziellen Gründung eines privaten jüdischen Kindergartens. 1918 wurden erstmals drei Kinder im Rahmen einer Heimunterbringung aufgenommen. 1925 glückte dem Trägerverein „Israelitische Jugendhilfe e. V.“ der Erwerb des Hauses Antonienstraße 7 in Schwabing. Das ehemalige Bürogebäude mit großem Garten wurde im Mai 1926 feierlich eröffnet. Im Souterrain befanden sich Vorratsräume und Küche, im Parterre lagen ein Speisesaal und mehrere Aufenthaltsräume. Im ersten und zweiten Obergeschoss waren die Schlafräume für Jungen, Mädchen und das Personal untergebracht. Ein Raum im Erdgeschoss diente als Betsaal. Die Heimkinder wurden zur Teilnahme an den regelmäßigen Gottesdiensten angehalten, die auch von vielen in Schwabing lebenden Juden besucht wurden.

Im Antonienheim lebten ursprünglich elternlose und uneheliche Kinder sowie Kinder aus sozial schwachen Familien. Seit 1933 befanden sich auch Kinder im Heim, die darauf warteten, von ihren bereits ausgewanderten Eltern nachgeholt zu werden. Vermehrt fanden auch Kinder Aufnahme, die von ihren Eltern in die Stadt geschickt worden waren, um der immer stärker werdenden Diskriminierung auf dem Land zu entgehen. Nach der „Reichskristallnacht“ 1938 kamen zahlreiche Kinder ins Heim, deren Eltern ihre Existenz verloren hatten. Bis Kriegsausbruch gelang es, einen Teil der Kinder zu retten, indem sie in verschiedenen Kindertransporten nach England untergebracht wurden. Trotz der äußeren Bedrohung konnte die Heimleitung den Kindern ein Gefühl von Geborgenheit vermitteln.

Im November 1941 wurden 20 Kinder und vier Betreuer Opfer der ersten Deportation nach Kaunas (Litauen). Der Schutzraum Antonienheim war brutal zerstört. Nach der Auflösung des Heims am 15. April 1942 wurden die verbliebenen 13 Kinder in das → Barackenlager Knorrstraße 148 in Milbertshofen umquartiert und von dort aus entweder direkt oder über die → „Heimanlage für Juden“ in Berg am Laim deportiert. Nur sehr wenige von ihnen überlebten. Im März 1942 musste der Trägerverein das Gebäude an die NS-Organisation „Lebensborn e.V.“ zur Einrichtung einer „Mutterwohnstätte“ veräußern; der Kaufpreis wurde nie bezahlt. Seit April 2002 erinnert eine Gedenkstele an die Bewohner des Antonienheims und an deren Schicksal.

Kochschule Albert Schwarz

Albert Schwarz, der bis zur Jahreswende 1937/38 das rituelle „Restaurant Schwarz“ in der Schlosserstraße 2 geführt hatte (das Anwesen gehörte seiner Frau Flora), stellte 1938 beim städtischen Schulreferat einen Antrag auf Genehmigung eines jüdischen Back- und Kochkurses in der Arcostraße 3. Dieser Antrag wurde nur deshalb genehmigt, weil die handwerkliche Ausbildung für „Volljuden männlichen und weiblichen Geschlechtes“ deren Auswanderung begünstigte. Viele Aufnahme-länder ließen Juden nur mit einer entsprechenden Ausbildung einreisen. Während Schwarz den Lehrbetrieb leitete, übernahm der ehemalige Wirtschaftstreuhandler Richard Baum die Geschäftsführung. Baum war zudem stiller Teilhaber der Schule. Im April 1938 wurde der Betrieb mit 16 Kursteilnehmern eröffnet. Nach Abschluss der Kurse von mindestens einmonatiger Länge erhielten die Teilnehmer ein Zeugnis. Trotz erheblicher Unterrichtskosten war die Nachfrage so groß (allein für September und Oktober 1938 hatten sich 240 Personen angemeldet), dass die Schule bereits im Herbst 1938 umziehen musste. Zu diesem Zweck brachte der aus Nürnberg stammende Dr. Fritz Feistmann ein Darlehen von 103.000 Reichsmark auf und wurde Teilhaber der Firma. Ziel von Schwarz und Feistmann war es, die Schule ein bis zwei Jahre zu betreiben, danach die Maschinen und das Inventar in die USA zu verschiffen, um die Kochschule dort in einer Großstadt wiederzueröffnen und ausgewanderte Juden auf einen handwerklichen Beruf umzuschulen. Nachdem mit dem Rückgebäude Paul-Heyse-Straße 21 ein geeigneter Ort gefunden und der Umbau fertiggestellt war, wurde die Kochschule am 1. November 1938 wieder-eröffnet. Das Gebäude gehörte fünf jüdischen Eigentümern, unter ihnen Bruno Levi, dessen Metallgroßhandlung Firma Holl & Cie bis 1938 im Rückgebäude angesiedelt war.

Das Kursangebot der Schule bestand aus je einem Kochkurs für kalte und warme Speisen, zwei Konditorei-Kursen, einem Pralinen-Kurs, einem Servier- und Kellner-Kurs, einem Metzger- und einem Back-Kurs, sowie aus einem Eisbereitungs-Kurs, der jedoch nur im Sommer abgehalten wurde. Die Monatshonorare für die Kurse pro Teilnehmer schwankten von 50 Reichsmark für den Kurs zur Zubereitung kalter Speisen bis zu 95 Reichsmark für den Kochkurs inklusive reichlichem Mittagessen. Es gab auch zwei Ganztages-Kurse: den Überall-Kurs, bei dem die Auszubildenden an insgesamt 30 Tagen von Sonntag bis Freitag an allen Kursen teilnahmen und den Kombinations-Schnellkurs für Auswanderer, in dem in 30 aufeinanderfolgenden Tagen die Teilnehmer die Zubereitung kalter und warmer Speisen erlernten. Beide Kurse kosteten bei voller Verpflegung 200 Reichsmark.

Lehrlingsheim der Israelitischen Kultusgemeinde

Das Lehrlingsheim wurde im Juni 1928 von der Israelitischen Jugendhilfe e.V. gegründet. Mit großzügiger Hilfe der „München Loge“ (B'nai Brith) konnte im Sommer 1928 das Haus Wagnerstraße 3 gekauft und eingerichtet werden. Die ersten Lehrlinge bezogen das Haus am 1. Juli 1928. Es diente zunächst der Unterbringung schulentlassener Jungen aus dem → Kinderheim in der Antonienstraße 7. Später wurden auch Jugendliche aus anderen bayerischen Gemeinden aufgenommen. Die Jugendlichen wurden meist in handwerkliche oder kaufmännische Lehrstellen vermittelt. Mit der Schließung des Jüdischen Jugend- und Lehrheimes in Wolzig/Brandenburg im Juni 1933 erstreckte sich das Einzugsgebiet des nunmehr letzten jüdischen Lehrheimes in Deutschland auf das ganze Reichsgebiet. Am 1. Juni 1936 ging das Lehrlingsheim in die Hände des Verbandes Bayerischer Israelitischer Gemeinden über und wurde vom Wohlfahrtsamt der Israelitischen Kultusgemeinde betreut. Bis dahin war das Städtische Jugendamt die öffentliche Aufsichtsbehörde des Lehrlingsheimes gewesen. Aus Platzgründen wurde das Heim am 1. Juli 1937 in die Hohenzollernstraße 4 verlegt. In diesem durch den Verband Bayerischer Israelitischer Gemeinden gekauften Haus fanden 45 Jugendliche eine Ausbildungs- und Wohnstelle. Ziel war es die Jugendlichen vor ihrer Auswanderung aus Deutschland in praktischen Berufen zu unterweisen. Als das Lehrlingsheim Ende 1941 geschlossen wurde, verlegte man die verbliebenen Jugendlichen zurück in das Antonienheim.

In der Wagnerstraße 3 wurden ab Frühjahr 1939 Familien und ältere Personen untergebracht. Das Heim wurde zum „Jüdischen Übernachtungshaus“ und stand unter der Leitung von Fritz Abraham. Am 4. Januar 1943 kaufte das Unternehmen „Bayerisches Leichtmetallwerk Erich Heymann und Hans Raiser o.H.G.“ auf Vermittlung des Immobilienbüros Josef Landstorfer für 20.600 Reichsmark das Grundstück. Laut Kaufvertrag musste das Gebäude bis zum 1. Februar 1943 geräumt werden. Die Kaufsumme wurde auf ein Sonderkonto überwiesen und später von der Oberfinanzdirektion München zugunsten des Deutschen Reiches beschlagnahmt. Die Firma Landstorfer war auch an der Vermittlung von weiteren Immobilien aus jüdischem Besitz beteiligt, unter anderem an dem „Verkauf“ des Anwesens Hohenzollernstraße 4. Auch hier wurden ab Dezember 1941 ältere Leute untergebracht und teilweise von dort aus deportiert. Am 12. Januar 1943 ging das ehemalige Lehrlingsheim in der Hohenzollernstraße für den geschätzten Preis von 50.000 Reichsmark in den Besitz des „Hauptamtes SS-Gericht“ über. Die Kaufsumme wurde nie überwiesen.

Lipschütz'sche Versorgungsanstalt, Altenheim

Über die Gründung des Israelitischen Altenheims an der Mathildenstraße 8/9 ist nur wenig bekannt. Vermutlich handelte es sich um eine wohlthätige Stiftung wohlhabender jüdischer Bürger. Seit Ende des 19. Jahrhunderts ist die „Lipschütz'sche Versorgungsanstalt für alte erwerbsunfähige Israeliten“ in der Mathildenstraße nachgewiesen. Im Jahr 1937 wurde die Einrichtung um ein zusätzliches Stockwerk erweitert. Zu dieser Zeit belief sich der monatliche Pensionspreis auf 90 Reichsmark. Während der „Reichskristallnacht“ am 10. November 1938 wurde das Haus zwangsweise geräumt. Viele Bewohner wurden auf die Straße gesetzt und mussten bei Verwandten oder Bekannten Unterschlupf suchen. Erst nach Tagen konnte das Wohlfahrtsamt der Israelitischen Kultusgemeinde den Verbleib aller Heimbewohner ermitteln. Nach zähen Verhandlungen konnte das Haus Anfang Dezember 1938 wieder eröffnet werden. Allerdings mussten sich die alten Menschen, die vorher jeweils ein Zimmer bewohnt hatten, jetzt zu zweit oder zu dritt ein Zimmer teilen. Im Februar 1942 lebten ca. 100 Bewohner dichtgedrängt im Heim.

Im März und April 1942 wurden die noch verbliebenen Bewohner in das → Barackenlager Knorrstraße 148 in Milbertshofen, in die → „Heimanlage für Juden“ in Berg am Laim sowie in das → Altenheim an der Klenzestraße und in die → „Israelitische Privatklinik“ verlegt. Die „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“ wurde angewiesen, das Gebäude zu verkaufen. Es gab mehrere Kaufinteressenten. Die benachbarte Deutsche Arbeitsfront (DAF) wollte gerne ihre Räume auf das Anwesen erweitern. Auch die Stadt München hatte starkes Interesse an dem Gebäude, da sich in unmittelbarer Nachbarschaft bereits ein städtisches Pensionat befand, das durch den Zukauf der „Lipschütz'schen Versorgungsanstalt“ ohne nennenswerten Aufwand hätte erweitert werden können. Den Zuschlag konnte sich schließlich die SS sichern, die am 24. März 1942 das Anwesen samt Inventar zum Preis von 127.500 Reichsmark für die NS-Organisation „Lebensborn e.V.“ erwarb. Die Kaufsumme wurde jedoch nicht ausbezahlt.

Neuer Israelitischer Friedhof

Mit der Planung und Bauausführung der 1904 begonnenen Friedhofsanlage war der spätere städtische Baudirektor Hans Grässel beauftragt. Im Mai 1908 wurde der Friedhof an die Israelitische Kultusgemeinde übergeben; wenige Wochen später fand das erste Begräbnis statt. Grässel errichtete auch die 1907 fertiggestellte Leichen- und Aussegnungshalle, deren Mittelpunkt eine große quadratische Versammlungshalle bildet.

Stellvertretend für alle auf dem Friedhof begrabenen Persönlichkeiten der jüdischen Gemeinde München seien hier genannt: die Rabbiner Heinrich Ehrentreu (1854–1925) und Cossmann Werner (1854–1918) sowie die Gemeindepräsidenten Dr. med. Julius Spanier (1880–1959) und Dr. phil. Hans Lamm (1913–1985). Auch die Gräber des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner (1867–1919) und des Anarchisten Gustav Landauer (1870–1919) befinden sich hier. Die ursprünglichen Grabstellen der beiden ermordeten Revolutionäre auf dem Westfriedhof waren Mitte der 1930er Jahre von den Nationalsozialisten aufgelöst worden, die Urnen mussten auf den jüdischen Friedhof umgebettet werden. Ende der 1930er Jahre nutzte die Kultusgemeinde Teile des Friedhofs als Sportplatz, da den jüdischen Vereinen und Einrichtungen keine anderen Flächen mehr zur sportlichen Betätigung zur Verfügung standen. Auch der Sportunterricht der Jüdischen Volksschule fand hier statt. Während des Kriegs blieb der Friedhof nicht von Schändungen verschont: „kriegswichtige“ Metallteile und Grabsteine wurden gestohlen. Auf einem Teil des Geländes entstand eine Gärtnerei.

Dem langjährigen Friedhofspfleger Karl Schörghofer ist es zu verdanken, dass trotz starker Einschränkungen bis Kriegsende auf dem Friedhof Bestattungen nach jüdischem Ritus durchgeführt werden konnten. Schörghofer verhinderte auch den Abtransport von Grabsteinen. Darüber hinaus gelang es ihm, sechs untergetauchte Juden über einen Zeitraum von 14 Monaten zu verstecken, obwohl er bereits die Aufmerksamkeit der Gestapo auf sich gezogen hatte und ihm die Einweisung in das Konzentrationslager Dachau angedroht worden war. Seit 10. November 1946 steht auf dem Friedhof in unmittelbarer Nähe der Trauerhalle ein Gedenkstein mit der Inschrift „Opfer schwerer Verfolgungszeit 1933–1945“. 1986 wurde der vom Verfall bedrohte Friedhof saniert.

Synagoge der orthodoxen Gemeinde „Ohel Jakob“

In der jüdischen Gemeinde Münchens gab es bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts Differenzen zwischen reformorientierten und orthodoxen Gemeindegliedern. Doch erst in den 1870er Jahren entwickelten sich diese Differenzen zum Konflikt und führten zum offenen Streit. Heftig erschüttert wurde die Gemeinde insbesondere durch die von liberaler Seite geplante Einführung des Orgelspiels im Gottesdienst. Damit sollte nach Auffassung der Orgelbefürworter eine „Verbesserung des Gottesdienstes“ erreicht werden. Allerdings war das Orgelspiel für orthodoxe Juden eine unannehmbare, geradezu als blasphemisch empfundene Neuerung. Die liberalen Protagonisten setzten sich durch. Mit dem ersten Erklingen des Instruments am 8. April 1876 war der entscheidende Impuls für die Trennung der Gemeinde in einen liberalen und einen orthodoxen Flügel gegeben.

Die Folge war, dass sich der orthodoxe Verein „Ohel Jakob“ (Zelt Jakobs) mit immer größerem Nachdruck um einen eigenen Betsaal bemühte, um dort den Gottesdienst in der traditionellen Weise feiern zu können. Eine orthodoxe Synagoge nach Entwürfen des Architekten August Exter konnte schließlich nach vielfältigen Schwierigkeiten an der Herzog-Rudolf-Straße errichtet und 1892 eingeweiht werden. Das neue Gotteshaus bot rund 250 Personen Platz.

Die Hauptfassade des neoromanischen Gebäudes vermittelt aussagekräftig das Selbstverständnis des orthodoxen Gemeindeteils zu jener Zeit. Im Zentrum der nach Osten ausgerichteten Fensterrose war ein großer Davidstern erkennbar. Auf der waagrechten Tafelfläche über der Fensterrose fand sich ein hebräischer Schriftzug. Ein zweiter Davidstern krönte die Kuppel. Durch diese Symbole war das Gebäude explizit als jüdisches Gotteshaus erkennbar. Mit dieser unmissverständlichen Botschaft wurde im Jahr 1892 in München eine neue Stufe jüdischer Präsenz im öffentlichen Raum erreicht. Zeigte die Hauptsynagoge noch eine gewisse gestalterische Indifferenz im Hinblick auf ihre synagogale Funktion, so war die Synagoge „Ohel Jakob“ durch Davidstern und hebräische Inschrift eindeutig als jüdisches Gotteshaus erkennbar.

Während der „Kristallnacht“ vom 9. zum 10. November 1938 wurde die Synagoge ein Raub der Flammen. Heute erinnert eine leider nur schwer auffindbare Gedenktafel an das jüdische Gotteshaus.

Synagoge der osteuropäischen Juden

Um 1900 erlebte die Israelitische Kultusgemeinde München ein starkes Wachstum. Eine beträchtliche Zahl der nach München zuziehenden Juden stammte aus Osteuropa. Diese ostjüdischen Neumünchner, die sich zum Großteil in der Isarvorstadt niederließen, entwickelten rasch den Wunsch nach einem eigenen Gotteshaus. Es waren vor allem die beiden stark traditionell ausgerichteten Betvereine „Agudas Achim“ und „Linath Hazedek“, die in den 1920er Jahren energisch den Bau einer neuen Synagoge für die etwa 2.300 Münchner „Ostjuden“ einforderten.

1914 hatten die beiden Vereine in der Reichenbachstraße einen Betsaal eingerichtet, der freilich schon bald den Bedürfnissen der wachsenden ostjüdischen Gemeinschaft nicht mehr genügte. Daher erhielt Ende der 1920er Jahre der junge jüdische Architekt Gustav Meyerstein den Auftrag für einen Neubau im Hinterhof der Reichenbachstraße 27. Am 5. September 1931 wurde das neue Gotteshaus, das 330 Männerbetstühle und 220 Frauenbetstühle umfasste, eingeweiht. Meyerstein war mit dem dreischiffigen Sakralbau ein bemerkenswertes, ganz im Stil der Neuen Sachlichkeit gehaltenes architektonisches Kleinod gelungen. Alfred Neumeyer, Vorstand der Kultusgemeinde, beglückwünschte denn auch Erbauer und Architekt „zur Fertigstellung des meisterlich schönen Hauses, das, entstanden in einer Zeit schwerster Not durch die Opferwilligkeit eines kleinen Kreises“ die Lebenskraft der jüdischen Gemeinde beweise. Für die jüdische Presse verkörperte der Neubau in einer Zeit wachsender antisemitischer Bedrohungen „ein Zeichen jüdischer Lebenskraft in schwerster Zeit, als Zeichen des jüdischen Willens zur jüdischen Herkunft“.

Der aus diesen Worten unschwer herauszulesende Zweckoptimismus in einer Zeit wachsender judenfeindlicher Politik war indessen vergeblich. Während der „Kristallnacht“ vom 9. zum 10. November 1938 drangen marodierende und brandschatzende SA-Männer auch in das Gotteshaus an der Reichenbachstraße ein und verwüsteten das Innere. Feuer wurde gelegt. Nur das rasche Eingreifen der Feuerwehr aus Sorge um die angrenzenden Gebäude verhinderte Schlimmeres. Das Gebäude wurde „gerettet“. Vorübergehend wurde in den Synagogenräumen eine → Anlernwerkstätte für jüdische Jugendliche untergebracht.

Nach 1945 wurde die letzte verbliebene Münchner Synagoge wiederhergestellt. Am 20. Mai 1947 konnte das Gotteshaus in Anwesenheit höchster Repräsentanten der amerikanischen Militärregierung feierlich wiedereröffnet werden. Bis Ende 2006 diente es der Israelitischen Kultusgemeinde München als Synagoge. Eine neue Hauptsynagoge wurde am 9. November 2006 am St.-Jakobs-Platz im Herzen der Münchner Innenstadt eingeweiht.

Wirtschaftsschule für Frauen in Wolfratshausen

Die Wirtschaftsschule für Frauen wurde 1926 von der Münchner Ortsgruppe des „Jüdischen Frauenbundes“ gegründet. Sie war staatlich genehmigt und unterstand der Schulaufsicht der Regierung von Oberbayern. Die Schule bestand aus zwei Gebäuden, in denen Wohn- und Unterrichtsräume, sowie eine Lehrküche untergebracht waren. Aufgenommen wurden Mädchen ab 16 Jahren, die die Mittelschule bereits abgeschlossen hatten. Nach einem einjährigen Frauenlehrjahr, in dem die Mädchen in allen Arbeiten in Haus, Küche und Garten unterrichtet wurden, hatten die Schülerinnen ihre Ausbildung absolviert. Ab 1933 bot die Einrichtung erstmals Kochkurse an. Das monatliche Schulgeld betrug 130 Reichsmark. Wegen der immer stärker werdenden Diskriminierung von jüdischen Kindern und Jugendlichen an öffentlichen Schulen nahm ab 1933 die Zahl der Schülerinnen stark zu. Als Reaktion darauf bot die Schule auch eine zweijährige Ausbildung mit vielen Fächern der Mittelstufe ein. Eine wichtige Erweiterung des Angebotes gerade im Hinblick auf eine mögliche Auswanderung waren Englisch-, Französisch- und Hebräisch-Kurse. 1936 wurde ein weiterer zweijähriger Kurs eingerichtet, der die Mädchen gezielt auf eine Auswanderung nach Palästina vorbereitete. In diesem Jahr besuchten ca. 80 Schülerinnen die Schule. Im Januar wurde die Schule auf Betreiben der Gemeinde Wolfratshausen vorübergehend geschlossen. Nachdem die Schule angewiesen worden war, ihre Schülerinnenzahl auf 24 zu senken, wurde sie im März wieder zugelassen. Nach der „Kristallnacht“ 1938 wurde die Schule von SA-Männern geräumt, die Schülerinnen und ihre Lehrerinnen wurden zum Bahnhof Wolfratshausen getrieben und mussten die Stadt verlassen.